Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Korpuszeile 45 Pfg. Reklamezeile 60 Pfg.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10 bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal und zwar Montag Mittwoch und Freitag, abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch freie Zustellung 5,50 M. von unseren Boten ins Haus geliefert 5,90 M. durch den Briefträger 6,00 M. Einzel-Nummer 15 Pfg.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 153 | Dienstag, den 28. Dezember 1920. | 59. Jahrgang

Wie vor Versailles.

In zahlreichen Reden ist in den letzten Monaten hervorgehoben worden, daß die Abänderung des Vertrages von Versailles eine Notwendigkeit für eine bessere Zukunft Deutschlands sei. Zur Erreichung dieses Zieles ist es aber erforderlich, daß wir uns darüber klar werden, daß wir uns heute wieder in derselben Lage befinden, wie im Spätfrühling 1918, in dem am 28. Juni der Friedensvertrag von den Reichsministern Hermann Müller und Bell unterzeichnet werden „mußte".

Heute stehen wir in den vorbereitenden Verhandlungen für ein neues Abkommen, über die Höhe der von Deutschland an die Entente zu leistenden Kriegsentschädigung, zu deren Unterzeichnung uns der Versailler Vertrag verpflichtet. Diese vorbereitenden Verhandlungen sind, wie bekannt, in Brüssel geführt und werden im neuen Jahre fortgesetzt werden. Genau genommen ist mit diesen Besprechungen in der belgischen Hauptstadt bereits ein Abweichung vom Versailler Vertrage erfolgt, denn nach dem Wortlaut des letzteren hatten wir diejenige Entschädigungssumme widerspruchslos anzuerkennen, welche uns von der Wiedergutmachungskommission in Paris genannt werden würde. Das wollte man auch in Paris und will es noch. Aber England hat die Brüsseler Besprechungen von Sachverständigen vorangehen lassen, um Klarheit darüber zu schaffen, was und wie Deutschland zahlen kann. Denn Geld in voller Güte haben wir nicht mehr.

Es ist in diesen Tagen gesagt, die Entente habe den guten Willen Deutschlands erkannt, seinen Verpflichtungen gegen sie nachzukommen, und Optimisten schöpfen daraus bei uns schon große Hoffnungen. Denken wir aber daran, wie uns im Juni 1919 gesagt wurde, wir sollten nur nach Versailles kommen und den Vertrag unterschreiben, nachher würde sich schon alles finden. Als aber das sogenannte Friedens-Dokument in seiner ganzen Unerfüllbarkeit vor uns lag, die deutsche Kommission abreiste, da hieß es: „Ihr müßt unterschreiben, oder wir rücken in Deutschland ein". Es weiß heute niemand, ob sich trotz der augenblicklichen schönen Worte diese Drohung nicht wiederholen wird.

Wenn aus nichtamtlicher ausländischer Quelle heute die Meldung verbreitet wird, Frankreich bestehe auf Zahlung von 265 Milliarden Goldmark, so ist diese Summe nicht ernst zu nehmen. Diesen Betrag können wir nicht aufbringen, und jedenfalls hängt seine Festsetzung nicht allein von Frankreich ab. Daß allerdings die Entente unsere ganze Finanzlage kontrollieren und Ausgaben streichen kann, die sie nicht für nötig hält, ist schon im Friedensvertrag von uns unterschrieben.

Wir mußten 1919 nicht unterschreiben, selbst die Franzosen haben sich gewundert, daß es geschehen ist. Aber zum Widerstande fehlte die Einheit in der deutschen Nation. Darum ist es so unverständlich zu beklagen, daß jetzt wo das neue Unterschreiben in Sicht kommt, wo es sich um Bestimmungen handelt, die für uns direkt tödlich werden können, deutsch-radikale Politiker mit den russischen Bolschewisten liebäugeln. Das schädigt die deutsche Autorität schwer. Und unsere Valuta wird durch kommunistische Auftritte, wie sie jetzt vor dem Rathause in Berlin stattgefunden haben, in Grund und Boden getreten. Solche auffallenden Erscheinungen werden im Auslande genau beobachtet, von ihnen wird auf den Wertmarkt in Deutschland und auf die Schwierigkeiten für die Reichsregierung geschlossen. Mögen wohlmeinende Leute und Staaten im Auslande uns benutzlichen, Kredit geben sie uns bei solchen Zuständen nicht. Und ohne Kredit und steigende Valuta kommen wir nicht zurecht.

Wenn die deutsche Nation nicht in imposanter Willenskraft hinter unseren Vertretern für auswärtige Politik und für eine mögliche Erfüllung des Versailler Vertrages steht, so kommen wir nicht vorwärts. Nach jedem Streik kommen wir bei den inneren Wirren von neuem in Gefahr, über Unerfüllbarkeiten zu stolpern. Und wer allem wollen wir nicht vergessen, daß in Paris eine sehr mächtige Partei ist, die sich über dies Deutsche Drunter und Drüber die Hände reibt, denn sie erhofft daraus langsam, aber sicher den Besitz des deutschen Rheins. Es steht heute wieder wie vor Versailles. Aber die verhängnisvollen Folgen wenden wir nur ab durch Einigkeit.

Eine Weihnachtsnote.

Die Einwohnerwehren in Bayern und Ostpreußen.

Es werden jetzt so viel Noten geschrieben, warum soll zu Weihnachten keine geschrieben werden? So denkt Herr Dr. Simons, Reichsminister des Auswärtigen, und prompt hat er zum Heiligen Abend eine neue Note fertig, und sie Herrn General Nollet, Vorsitzenden der Interalliierten Heeres-Kontrollkommission, überreicht.

Es handelt sich um die Selbstschutzorganisationen und Einwohnerwehren, zu deren restloser Entwaffnung die Reichsregierung betr. Bayern und Ostpreußen einige Vorbehalte gemacht hatte, die die Entente aber nicht anerkannte. Auf diese letzte Ententenote antwortet nun die neue deutsche Note.

Die Selbstschutzorganisationen eine innere deutsche Angelegenheit.

Zunächst wird darin die fast hysterische französische Angst vor der Möglichkeit einer deutschen Mobilmachung auf seine Art verspottet. Weder die Selbstschutzorganisationen noch die Einwohnerwehren hätten irgend etwas mit einer künftigen Mobilmachung zu tun. Ebensogut könnte man in der Führung von Einwohner- und Steuerlisten oder in jedem Ausbau des Eisenbahnnetzes eine Erleichterung oder gar Vorbereitung der Mobilmachung erblickt werden.

Die Note stellt dann fest, daß die Regierung an ihrer Auffassung festhält, daß die Duldung oder Auflösung von Selbstschutzorganisationen, die keinen militärischen Charakter haben, eine innere Angelegenheit Deutschlands ist. Sie wiederholt, daß solche Organisationen nur als ein einstweiliger Notbehelf zu betrachten sind und aus Gründen der Staatsautorität aufgelöst werden müssen, sobald es die Verhältnisse gestatten.

In längeren Ausführungen wird dann nachgewiesen, daß weder die Einwohnerwehren in Bayern noch die Grenz- und Ortswehren in Ostpreußen etwas mit militärischen Behörden und Aufgaben zu tun hätten. Sie hätten im Notfall polizeiliche Aufgaben und ständen daher nur mit Polizei- und Zivilbehörden in Verbindung.

Die kommunistische Gefahr im Innern und von Rußland her.

Des weiteren beschäftigt sich Minister Simons in der Note mit der kommunistischen Gefahr, deren Bestehen die letzte französische Note ableugnete. Er sagt darüber:

Die Annahme, daß die kommunistische Gefahr, auf die ich in meiner Note vom 9. November bei der Schilderung der bayerischen Verhältnisse unter anderem hingewiesen hatte, für Deutschland überwunden sei, kann leider nicht als zutreffend beurteilt werden. Ich habe allerdings der Ansicht Ausdruck gegeben, daß durch das Auftreten der russischen Sendlinge auf dem Kongreß der Unabhängigen sozialistischen Partei Deutschlands in Halle manchem die Augen geöffnet worden seien. Meine Hoffnungen sind aber nicht so weit gegangen, daß ich geglaubt hätte, mit einer Bedrohung von dieser Seite nicht mehr rechnen zu brauchen.

Er führt dies dann des näheren aus und weist dann auf die bolschewistische Gefahr an der Ostgrenze, gegen die die isoliert gelegene Provinz Ostpreußen durchaus nicht ausreichend geschützt ist.

Deutschland hat seine Pflicht getan.

Im übrigen macht die Note von dem bisherigen zahlenmäßigen Ergebnis der Entwaffnungsaktion Mitteilung und führt, hieran anschließend, zum Schluß aus:

Die deutsche Regierung glaubt, erwarten zu können, daß dieses Ergebnis ihres ernsten Bemühens Anerkennung findet.

Der Weg, den sie bei der ganzen Entwaffnungsaktion eingeschlagen hat, war der einzige, der nach der Lage der Verhältnisse zum Ziele führen konnte. Sie hofft, daß sich die alliierten Regierungen dieser Erkenntnis nicht verschließen werden.

Deutsches Reich.

^ **Frankreich gegen die Einstellung der deutschen Ausgleichszahlungen.** Dem Auswärtigen Amt ist vom französischen Botschafter eine Note der französischen Regierung überreicht worden, in der Beschwerde über die Einstellung der deutschen Ausgleichszahlungen erhoben und die Einstellung als Verletzung des Friedensvertrages bezeichnet wird. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß sich die Reichsregierung bei ihrer Entschließung auf eine Bestimmung des Friedensvertrages gestützt hat. Artikel 251 gibt Deutschland das Recht, einen Vorrang der für seine Versorgung mit Lebensmitteln notwendigen Kosten vor den übrigen Leistungen aus dem Friedensvertrag in Anspruch zu nehmen. Im übrigen sollten die Franzosen erst ihre Ausgleichsverpflichtungen gegen Deutsche so prompt erfüllen, wie es Deutschland bisher mit seinen Verpflichtungen gegen Franzosen getan hat.

^ **Hinausschiebung des oberschlesischen Abstimmungstermins?** Als deutliches Anzeichen dafür, daß der Plan, die Abstimmung im Januar stattfinden zu lassen, aufgegeben worden ist, wird eine Anweisung angesehen, die die französischen Paßstellen erhalten haben, nach der die Paßvisa, die bisher nur Gültigkeit bis zum 1. Dezember hatten, bis zum 1. Februar zu verlängern sind.

* **Das Abkommen über Nordschleswig.** Ueber die Verhandlungen betr. die Summe, die Dänemark als Anteil an der deutschen und der preußischen Staatsschuld, sowie als Ersatzung für Staatsbahnen in den abgetretenen Landesteilen tragen soll, wird von dänischer Seite mitgeteilt, daß bei den Verhandlungen die dänischen Abschätzungsleute die verschiedenen Staatsaktiven mit 77 Millionen Kronen bewertet haben. Hierbei seien jedoch die Anteile an den Staatsschulden von ca. 35 Millionen Mark nicht mitgerechnet. Deutscherseits wurde der Wert der Staatsaktiven für August 1914 mit 85 Millionen Goldmark angegeben, wozu 22 Millionen Goldmark für Staatsschuldanteile kämen. Da es nicht gelang, über diese Summen zu einer Einigung zwischen den Parteien zu gelangen, beschloß man, die Entscheidung der Reparationskommission anzurufen. Bei den nun folgenden Verhandlungen wurde die von Dänemark zu zahlende Gesamtsumme auf 65 Millionen Goldmark angesetzt, die vor dem 25. Dezember zahlbar sind, und zwar ohne Zinsanrechnung. Die Summe macht nach dem heutigen Kurse 102 345 000 Kronen aus. Die Auszahlung erfolgt an die Reparationskommission in Neuyork. Die Besitzungen des Herzogs Ernst Günther, sowie die Anteile Preußens an den Kreisbahnen und eine Reihe anderer Besitztitel sind in dieser Ordnung nicht mit einbegriffen. Diese Fragen sollen in direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Dänemark erledigt werden. — Von deutscher Seite wird hierzu halbamtlich erklärt: Nach den bisherigen Nachrichten dürfte die festgesetzte Summe von 65 Millionen Goldmark zutreffen. Eine amtliche Mitteilung ist den deutschen Stellen jedoch nicht zugegangen.

* **Beamtenbund und Reichsregierung.** Die Leitung des Deutschen Beamtenbundes ist neuerdings an die Reichsregierung herangetreten, um Verhandlungen darüber zu erreichen, welche weiteren Maßnahmen mit sofortiger Wirkung getroffen werden müssen, um der Beamtenschaft in ausreichender Weise zu helfen. Wie der Beamtenbund mitteilt, ist in Aussicht gestellt worden, daß in den nächsten Tagen neue Vorschläge über Hilfsmaßnahmen für die Beamtenschaft zwischen der Regierung und dem Deutschen Beamtenbund zur Erörterung gelangen werden.

* **Erhöhung der Militärunterstützung.** Mit Rücksicht darauf, daß den auf Grund der Militärversorgungsgesetze zum Empfange von Versorgungsgebührnissen berechtigten Militärpersonen der Unterklasse und deren Hinterbliebenen am 1. Mai 1920 eine Teuerungszulage von 30 oder 40 Prozent ihrer Zuwendungen zuerkannt worden ist, hat der Reichspräsident genehmigt, daß auch den Unterstützungsempfängern des Mannschaftsstandes des Heeres, der Marine und der Schutztruppen, soweit die Unterstützungen an Stelle gesetzlich nicht zustandiger Mannschaftsversorgungsgebührnisse bewilligt worden sind, sowie den aus demselben Fonds unterstützten Hinterbliebenen solcher Personen eine vom 1. Mai 1920 ab bis auf weiteres zahlbare Teuerungszulage bewilligt wird, und zwar in Höhe von 30 Prozent der ihnen gewährten Unterstützungen für die ehemaligen Militärpersonen und von 40 Prozent für die Hinterbliebenen. Es handelt sich dabei um die aus dem früheren kaiserlichen Dispositionsfonds bei der Reichshauptkasse gezahlten Unterstützungen. Die erhöhten Beträge werden den betreffenden Personen ohne weiteres sobald als möglich ohne besonderen Antrag gezahlt werden.

* **Eine interalliierte Kommission im Ruhrgebiet.** Die Befürchtungen, daß eine restlose Erfüllung des Abkommens von Spa im Dezember nicht möglich sein wird, machen sich in eingeweihten Kreisen immer mehr geltend. Der ungünstige Wasserstand der Flüsse, der noch durch den frühen trockenen Herbst verschärft wurde, hat schon vor geraumer Zeit zu einer Einstellung der Wassertransporte gezwungen. Bekanntlich ist die Kohlennot in den deutschen Großstädten gerade in der letzten Zeit sehr bedrohlich geworden. Wie verlautet, ist die Entente bei den Verhandlungen, die vor kurzem in Paris stattfanden, hierauf aufmerksam gemacht worden. Besonders wurden dabei die Transportschwierigkeiten hervorgehoben. Ein daraufhin vom Pariser Wiederherstellungsausschuß gemachter Vorschlag, eine Kommission nach dem Ruhrgebiet zur Untersuchung der Transportlage zu entsenden, wurde von der deutschen Kommission angenommen. Diese Kommission ist inzwischen in Essen eingetroffen und beobachtet die Transportlage im Kohlenrevier bis zu den fremden Stationen. Die Kommission setzt sich aus englischen, französischen, belgischen und deutschen Sachverständigen zusammen.

* **Die Kämpfe in Irland.** Das Dubliner Rathaus und andere öffentliche Gebäude der Stadt wurden durch englisches Militär besetzt und die irischen Stadtbehörden wurden daraus vertrieben. Vor einigen Wochen war bereits angekündigt, daß das Militär diese Gebäude requirieren würde. Der Magistrat hatte sich aber nicht weiter darum gekümmert. Der Grund zu diesem Vorgehen des englischen Militärs ist unbekannt. — Wie aus Dublin gemeldet wird, hat der Befehlshaber der englischen Hilfspolizei in Irland General Tudor unbeschränkten Urlaub erhalten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119201228-12/fragment/page=0001

Man bringt dies mit dem Erlaß des Oberbefehlshabers in Zusammenhang, wonach die Repressalien aufhören müssen.

÷ **Der Fiume-Krieg.** D'Annunzio hat nach Bekanntwerden der Verhängung der Blockade über Fiume in seinem ganzen Gebiet den Kriegszustand erklärt. Es wird jedermann als Feind betrachtet, der sich durch Wort oder Tat Fiume als feindlich gesinnt zeigt. Der General Caviglia hat alle Eisenbahn-, Telephon- und Telegraphenverbindungen mit dem Gebiet von Fiume unterbrechen lassen. Nach der Meldung des „Corriere della Serra" hat der Konflikt zwischen Fiume und Italien bereits Opfer gefordert.

÷ **Harding über Genf und Versailles.** Dem kommenden Präsidenten Harding nahestehende Persönlichkeiten versichern, Harding beabsichtige, den Völkerbund und den Vertrag von Versailles, was die Vereinigten Staaten betreffe, durch einen Vertrag zu ersetzen, dessen wesentliche Bestimmungen sich beziehen auf 1. Annahme einer Sonderfriedensresolution, 2. Eröffnung von diplomatischen Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten zum Zwecke der Regelung der von den Vereinigten Staaten in verschiedener Hinsicht geforderten Entschädigung für durch Unterseeboote verursachte Verluste, Beschlagnahme des Eigentums deutscher Staatsangehöriger usw. 3. Eröffnung von diplomatischen Verhandlungen zum Zwecke der Vereinigung der Nationen. Der Korrespondent des „Newyork Herald" erklärte, er habe aus bester Quelle erfahren, daß die britische Regierung, um die Mitarbeit der Vereinigten Staaten zu erhalten, bereit sei, alle Abänderungsanträge anzunehmen, welche die Vereinigten Staaten bezüglich des Völkerbundes vorschlagen. Andererseits erklärte sich der amerikanische Marinesekretär Daniels in einem offenen Briefe über die Rüstungen zur See für eine Verständigung unter den Nationen, welche zum Völkerbunde gehören. Er verwirft gleichzeitig die Abkommen unter den Staaten, um die Rüstungen zu begrenzen, da sie an die früheren Allianzen erinnern.

= **Unterstützung von Kleinbahnen.** Das preußische Staatsministerium hat in seiner Sitzung vom 22. d. Mts. sich damit einverstanden erklärt, daß ein Gesetzentwurf in der Landesversammlung eingebracht wird, wonach zur Unterstützung notleidender, nebenähnlicher Kleinbahnen Darlehn zu günstigen Bedingungen bis zu 40 Millionen zur Verfügung gestellt werden. Die Darlehen werden rund 100 Millionen betragen, von denen das Reich ein Fünftel, Preußen zwei Fünftel, die Provinzen ebenfalls zwei Fünftel zur Verfügung stellen.

= **Neue Reichsbanknoten zu 100, 50 und 10 Mk.** In der nächsten Zeit werden neue Reichsbanknoten zu 100, 50 und 10 Mark ausgegeben werden. Die Ausgabe der Kupferdrucknote zu 50 Mark war bereits für das Jahr 1916 geplant und vorbereitet, konnte jedoch wegen der Kriegsverhältnisse nicht bewirkt werden. Die Notwendigkeit, im Interesse der Sicherung des Papiergeldumlaufs schleunigst eine Kupferdrucknote herzustellen, führte dazu, die Note mit geringen, durch die Zeitverhältnisse bedingten Abänderungen nunmehr zur Ausgabe zu bringen. Die Entwürfe zu den Buchdrucknoten zu 100 und 10 Mark sind neueren Datums.

= **Keine Aussicht auf Verbilligung der Düngemittel.** Mit allem Nachdruck wird von amtlicher Seite erneut darauf hingewiesen, daß im laufenden Erntejahre mit einer Verbilligung der künstlichen Düngemittel nicht zu rechnen ist. Demnach besteht für die Landwirte kein Anlaß, mit dem Bezuge künstlicher Düngemittel noch länger zurückzuhalten.

= **Erleichterte Einfuhr von Liebesgaben.** Die Einfuhr von Liebesgaben zu erleichtern, bezweckt eine besondere Verfügung des Reichsministers der Finanzen. Wenn Reisende für Verwandte und Bekannte in Deutschland Liebesgaben mitbringen, so sollen sie, wenn es irgend möglich ist, sofort beim Grenzeingangsamt abgefertigt werden. Soweit es die allgemeinen Verkehrsverhältnisse erfordern, kann die Schlußabfertigung auch bei einem anderen als dem örtlich zuständigen Zollamt erfolgen. Ergibt sich bei der Abfertigung eine hinreichende Sicherheit, so kann das Grenzeingangsamt die Liebesgaben sofort abgabenfrei ablassen, wenn es im übrigen zuständig ist. Wenn die Zollbehörde zwar keine Zweifel an der Eigenschaft der Sendung als Liebesgabe hegt, aber eine Ergänzung der Belege oder aus besonderen Gründen eine Nachprüfung für erforderlich hält, so hat das Abfertigungsamt entweder den Beauftragten des Empfängers oder Absenders zu veranlassen, für die Ergänzung des Nachweises Sorge zu tragen. Gegebenenfalls kann dann eine Sicherstellung der Gaben verlangt werden. Es kann auch die für den Empfänger zuständige Zollstelle von der bedingten Ablassung der Liebesgaben zum Zwecke der Nachprüfung benachrichtigt werden. — Hoffentlich ist die erst so spät veröffentlichte Verfügung noch zur Weihnachtszeit zurecht gekommen. Aber Sankt Bürokratius kann man ja das Tollste zutrauen.

* **Ein Silberschatz in einem Metzer Fort?** Auf das Gerücht hin, daß 232 Millionen Mark Silber in den Kasematten eines Forts von Metz liegen sollen, erklärte das französische Finanzministerium, daß in der Tat mehrere Millionen sich in Lothringen im Depot befänden. Der größte Teil dieser Summen sei aber in Banknoten vorhanden.

* **Großer Schmuckdiebstahl.** Für 100 000 Mark Fürstengeschenke und Familienerbschmuck gestohlen wurde in der Nacht zum Donnerstag der Freiin Vita zu Putlitz auf Schloß Retzin in der Prignitz. Unter den gestohlenen Sachen befinden sich wertvolle brillantenbesetzte Geschenke der Königin von Schweden und der ehemaligen deutschen Kaiserin. Von den Dieben hat man noch keine Spur.

* **Glück und Ende einer Geldzauberei.** Im letzten Sommer wurden die Vereinigten Staaten durch die Heldentaten eines Geldzauberers in Staunen versetzt, der durch dunkle Wechselgeschäfte, an denen er in fünfundvierzig Tagen 50 Prozent verdiente, für sich und seine Kunden Millionen erraffte. Heute sitzt dieser Hexenmeister hinter Schloß und Riegel, nachdem er im Verfolg einer langen und verwickelten Untersuchung riesige Postdefraudationen eingestanden hat. Der Schwindler, der in Boston in einer dunklen Straße nur einen kleinen Laden hatte, genoß das Vertrauen eines großen Publikums und erzählte in Zeitungsinterviews von den vielen Millionen, die er verdient habe. Als die Behörden schließlich seinem scheinbar so erfolgreichen Treiben ein jähes Ende bereiteten, indem sie seinen Laden schlossen, wurde der Bankerott unvermeidlich. Es stellte sich heraus, daß 11 000 Gläubiger aus allen Gesellschaftsklassen, die ihm ihr Geld in der Hoffnung, es in Kürze verdoppelt zu sehen, anvertraut hatten, nicht nur um diese Hoffnung, sondern auch um ihr Geld betrogen waren.

* **Hereingefallene Geldhamsterer.** Bei einer Bankeinzahlung in Nördlingen (Bayern) wurden, wie gemeldet wird, einem Bauern 50 000 Mark in Verkehr geratene 50-Mark-Scheine als vollständig wertlos zurückgewiesen. Sein Schrecken war um so größer, als er angab, daß er dieselbe Summe in gleichen Scheinen noch zu Hause habe. — In Oberndorf bei Lauf an der Salzach sind einem Bauern 36 000 Kronen in gehamsterten Kronenscheinen von den Mäusen vollständig zerfressen worden.

* **Kein Karneval im Rheinland.** Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, hat der Regierungspräsident die Abhaltung öffentlicher karnevalistischer Veranstaltungen jeder Art während des Winterhalbjahres 1920-21 verboten. Auch in geschlossenen Gesellschaften dürfen karnevalistische Abzeichen nicht getragen und Karnevalslieder nicht gesungen werden, soweit die Veranstaltungen in öffentlichen Lokalen stattfinden. Auch das Ausstellen, Feilhalten und der Verkauf von Masken, Kostümen und sonstigen karnevalistischen Gegenständen ist untersagt.

* **Millionendiebstahl in der Wiener tschecho-slowakischen Gesandtschaft.** Wie aus Wien gemeldet wird, hatten sich Einbrecher in die tschecho-slowakische Gesandtschaft in der Penzinger Straße eingeschlichen, eine eiserne Kasette erbrochen und ihren Inhalt im Betrage von 10,5 Millionen österreichischer Kronen geraubt. Die Täter sind im Schutze der Dunkelheit entkommen.

* **Autounfall.** Auf der Landstraße Fulda—Neuhof stürzte infolge des Glatteises ein Arztauto die Böschung hinab. Der Insasse, Dr. Brillerty aus Neuhof, wurde getötet.

* **Explosion im Wiener Elektrizitätswerk.** Wie aus Wien gemeldet wird, explodierte im dortigen Elektrizitätswerk ein Oelbehälter. Dadurch wurden große elektrische Kabel in Brand gesetzt, so daß der Straßenbahnverkehr mehrere Stunden lang unterbrochen werden mußte. Der Schaden ist bedeutend.

* **Der Papst gegen die Aufhebung des Zölibats.** In dem Geheimen Konsistorium vom 16. Dezember hielt der Papst eine Ansprache, in der er auf zwei ihn beschäftigende Fragen hinwies. Er bedauerte die Haltung eines Teiles des tschechischen Klerus und betonte, daß die Kirche nie ihre Einwilligung zur Aufhebung oder auch nur zur Abschwächung des Gesetzes über das Zölibat geben werde, da dieses so heilsame Gesetz den größten Anteil an dem gegenwärtigen Glanz der lateinischen Kirche habe. In zweiter Linie wies er darauf hin, daß er mit Bedauern feststellen müsse, daß die Beschlüsse von Versailles nicht immer im Geiste der Billigkeit zur Anwendung gelangten, da man an verschiedenen Orten der katholischen Mission in Verkennung ihres Wirkens und entgegen den Interessen der Religion und Zivilisation allerlei Hindernisse bereite.

Die zwölf Nächte zwischen Weihnachten und Hohenneujahr gelten auch heute noch als eine besondere Zeit. So leicht wird sich keine Hausfrau bereit finden lassen, in dieser Zeit waschen zu lassen und Leinen auf dem Boden auszuspannen. Als noch gesponnen wurde, mußte das Spinnrad in dieser Frist ruhen. Der wilde Jäger zieht in den zwölf Nächten durch die Lüfte und fügt Menschen und Tieren Schabernack zu. Er könnte aber ganz besonders denen, die unser Volk mit Wucherpreisen placken, durch nächtliche Träume das Gewissen schärfen. Die irdische Justiz allein genügt nicht. Zu Weihnachten waren in vielen Städten die Preise hoch und zu Neujahr werden sie kaum fallen. Es ist sehr stark, wenn die Kartoffeln schon bis zu 100 Mark für den Zentner getrieben wurden, wofür das hannoversche Landgericht in Aurich auf 3 Monate Gefängnis und 22 000 Mark Geldbuße erkannte. Solche Elemente müssen wirklich einmal mit überirdischen Gewalten angefaßt werden.

Carl Legien †

Berlin, 26. Dez. Der Reichstagsabgeordnete Legien, der Vorsitzende des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, ist Sonntag morgen gestorben.

Legiens Tod ist für die deutsche Arbeiterschaft ein Verlust, denn gerade in unserer Zeit der erbitterten inneren Kämpfe fehlen der Sozialdemokratie Führer von dem Geiste des Verstorbenen. Legien, ein geborener Marienburger, ist gerade 59 Jahre alt geworden. Als Drechslergeselle hat er sich in den achtziger Jahren der Gewerkschaftsbewegung angeschlossen, und als im November 1890 die Generalkommission der Gewerkschaften zusammen kam, wurde Legien zu ihrem Vorsitzenden gewählt, der er auch jetzt noch war. Alle deutschen Gewerkschaftskongresse fanden bisher unter der Leitung von Legien statt und auch in der internationalen Arbeiterbewegung nahm er eine hervorragende Stellung ein. Daß bei der Umwälzung nach der Revolution der Führer der deutschen Gewerkschaften in politischen wie vor allem in wirtschaftlichen Fragen eine ausschlaggebende Rolle gespielt hat, ist aus den Ereignissen der letzten zwei Jahre allgemein bekannt. Sowohl bei der Regelung wichtiger Teile des Versailler Vertrags bei den Besprechungen mit den Vertretern der Entente, wie auch bei den Erörterungen über Sozialisierung und Wirtschaftsfragen im Reiche wurde Legien als Sachverständiger zugezogen.

Einer Moskauer Blättermeldung zufolge gedenkt Trotzki seine Aemter niederzulegen, um sich ausschließlich seiner Tätigkeit als Wirtschaftsdirektor zu widmen.

Nur noch 100 000 Mann Reichswehr

Bekanntlich muß nach den Bestimmungen des Abkommens von Spaa die Stärke der Reichswehr mit Ende dieses Jahres auf hunderttausend Mann herabgesetzt sein. Wie die Blätter hören, ist die Verminderung der Reichswehr von 150 000 auf 100 000 Mann bereits vollständig durchgeführt, so daß dieser Teil des Spaa-Abkommens durch die Deutsche Regierung vollständig ausgeführt worden ist.

Vorzeitige Zahlung auch der Pensionen und Renten. Ebenso wie die Beamtengehälter, dürfen auch die am 1. Januar 1921 fälligen Militärpensionen, Renten und Hinterbliebenengebührnisse — unter Berücksichtigung der etwa angeordneten Abzüge — schon jetzt ausgezahlt werden. Die Postanstalten und die Zahlstellen sind mit entsprechender Anweisung versehen worden.

Erdbeben-Katastrophe in China.

2000 Menschen getötet.

Das außerordentliche Fernbeben, das von den deutschen und ausländischen Erdbebenwarten am 16. Dezember registriert wurde, hat nach einer jetzt aus Schanghai eingelaufenen Nachricht die chinesische Provinz Kansu heimgesucht. Ein Kabeltelegramm aus Schanghai datiert vom 23., teilt mit, daß in der Provinz Kansu, welche schon durch die Hungersnot schwer heimgesucht worden ist, infolge eines schweren Erdbebens am 16. Dezember 2000 Menschen ums Leben gekommen sind. — Die Provinz Kansu liegt in Nordwest-China. Durch ihre von den Verkehrszentren weit entfernten Lage sind nur schwer Nachrichten von dort zu erlangen. Dadurch erklärt sich auch die Verzögerung der Meldung.

Frankreichs Wirtschaftsspionage und Hetzarbeit.

Genf, 26. Dez. Der Brüsseler Korrespondent des „Temps" erklärt, die Wiedergutmachungskommission unterhalte in Paris und in Berlin einen ausgedehnten Nachrichtendienst, der es ermöglicht habe, die Darlegungen der Deutschen Punkt für Punkt zu widerlegen. Die Wiedergutmachungskommission habe sich die Mitarbeit des soziologischen Institutes Solvay gesichert. Unter Leitung von Herrn Darnisch und unter Mitarbeit der belgischen Regierung seien seit langem alle Daten über das deutsche Wirtschaftsleben gesammelt worden. Dank dieser Arbeit seien die Sachverständigen in der Lage gewesen, die ungeheuren Uebertreibungen im Budget des Deutschen Reiches aufzudecken und die wahren Aussichten einer wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands zu kennen. Der Bericht des Solvay-Institutes beweise auch, daß Deutschland für seine wirtschaftliche Zukunft keineswegs Oberschlesien nötig habe und daß es trotz seiner schwierigen finanziellen Lage ein zahlungsfähiger Schuldner sei.

Die Industriekrise in England. Infolge der Stillegung zahlreicher Baumwollfabriken in Lancashire sind 25 000 Arbeiter beschäftigungslos geworden.

Aushebung einer Falschmünzerwerkstatt in Friedland (Meckl.). Auf dem Postamt in Friedland (Mecklbg.) waren in letzter Zeit auffällig viel falsche Geldscheine eingezahlt worden. Der Verdacht lenkte sich auf den früheren Lehrer, jetzigen Kaufmann Prestin, der sehr oft den Besuch eines Berliner Lithographen erhielt. Gestern morgen wurde der Verdächtige von Kriminalbeamten in seiner Wohnung überrascht. Die Durchsuchung seiner Räume zeigte ein überraschendes Ergebnis. Zunächst wurde die zur Dunkelkammer hergerichtete Speisekammer der Ehefrau entdeckt, dann fand sich in einem verschlossenen besonderen Raume, der nach dem Hofe zu lag, die komplette Falschmünzerwerkstatt. In der Presse befand sich noch ein Falschschein im Druck, ferner konnten 385 Stück falsche Reichsbanknoten zu 50 Mk. beschlagnahmt werden, die alle schon im Unterdruck fertig gestellt waren. Außerdem verfielen der Beschlagnahme 40 Stück fertige Lichtabdrucke von 50-Mark-Banknoten sowie 10 Klischees zur Herstellung der Falschscheine. 7000 Stück falsche Einmarkscheine waren kurz vorher im Küchenherd verbrannt worden. Der verhaftete Prestin ist geständig, er gab als seine Mittäter einen Lithographen und einen Mechaniker an.

Getreideverschiebungen auf einer Kreiskornstelle.

Auf der Kreiskornstelle Quedlinburg lief vor Jahresfrist etwa ein Telegramm ein, das nach dem Schicksal von 201 Zentner Gerste fragte, die in Mannheim lagerten. Da von Quedlinburg kein Korn abgegangen war, sandte man ein Rücktelegramm, das aber der Disponent Kroak auf der Post anzuhalten suchte. Dadurch stellte sich heraus, daß Kroak heimlich die 201 Zentner verschoben hatte, und zwar hatte er sie nicht zu dem damaligen Höchstpreis von 27,50 Mk., sondern für 70 Mk. je Zentner an den Getreidehändler Haas in Frankfurt verkauft. Das Korn hatte er von dem Kommissionär Triebe, der es für den Kreis aufgekauft hatte. Bei der Untersuchung stellte sich weiter heraus, daß Kroak gelegentlich einer Kartoffellieferung nach Berlin sich ein Geschenk gewähren ließ, indem er unzulässigerweise am Zentner 10 Pfg. Vermittlergebühr erhielt. Außerdem hat er als Obmann des Angestelltenausschusses andere Angestellte der Kreiskornstelle durch Geschenke zu bestechen versucht, ihm Brotkarten zu verschaffen. Auch mit unversteuerten Zigaretten hat er Handel getrieben, obwohl er überhaupt keinerlei Handelserlaubnis besaß. Nach langer Verhandlung, in der er die ganzen damaligen Mitglieder der Kreisgetreidestelle Quedlinburg des Schleichhandels zu beschuldigen versuchte, wurde er von der Strafkammer in Halberstadt wegen passiver und aktiver Bestechung, unbefugten Handels und Schleichhandels zu 1½ Jahren Gefängnis, 1500 Mk. Geldstrafe, 5 Jahren Ehrverlust und Erstattung von 8400 Mk. Uebergewinn verurteilt und sofort in Haft genommen. Triebe und Haas erhielten wegen Höchstpreisüberschreitung je 5000 Mk. Geldstrafe, Triebe muß außerdem für die Aufbringung der 8400 Mk. haften.

Die Herausgabe des dritten Bandes der Bismarckschen „Gedanken und Erinnerungen" bleibt verboten. Vor der vierten Zivilkammer des Landgerichts I in Berlin stand am Donnerstag der Termin zur Urteilsverkündung in dem Rechtsstreit des Cottaschen Verlages mit Kaiser Wilhelm II an. Es handelt sich um die von dem früheren Kaiser erwirkte einstweilige Verfügung, durch die dem Cottaschen Verlage die Herausgabe des dritten Bandes der Bismarckschen „Gedanken und Erinnerungen" verboten worden ist. Nach längerer Verhandlung verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsrat Lewi, folgendes Urteil: Klägerin wird mit ihrer Klage abgewiesen und ihr die Kosten des Verfahrens auferlegt. In einer kurzen, mündlichen Begründung wurde betont, daß der Gerichtshof zwar das Persönlichkeitsrecht des Kaisers hinsichtlich seiner Briefe an Bismarck verneinte, ihm aber das Urheberrecht an diesen Schriftstücken zugebilligt habe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119201228-12/fragment/page=0002

Provinz und Nachbarstaaten.

Teuchern, den 22. Dezember 1920.

— **Einziehung von 50-Markscheinen.** Der Reichsrat stimmte der Einziehung der Reichsbanknoten zu 50 Mark vom 30. November 1918 zu. Die Ausführung dieser Noten ist, da zu ihrer Herstellung Privatdruckereien herangezogen werden mußten, so ausgefallen, daß Fälschungen in großem Maßstabe erfolgt sind. Bisher hat die Rechnung 9 Millionen Mark Ersatz leisten müssen. Außerdem beschloß der Reichsrat die Einziehung der Reichs-Kassenscheine zu 10 Mark und Erhöhung des Gesamtbetrages der Reichskassenscheine zu 5 Mark bis auf 240 Millionen. Die neuen 10-Mark Banknoten werden Ende dieses Monats in größerer Menge in den Verkehr kommen.

— **Wegfall der Uniformen für Gerichtsbeamte.** Die bisherigen Uniformen für Gerichtsbeamte sollen mit Beginn des neuen Jahres wegfallen. Die Neuerung wird nicht besonders freudig begrüßt, da die Uniformierung der hiervon hauptsächlich betroffenen Justizwachtmeister, die bei Gerichtsverhandlungen die Aufsicht ausüben, der Autorität der Gerichte jedenfalls von großem Nutzen war.

— Der Reichstag hat die Erhöhung des Verkaufspreises der Versicherungsmarken zur Aufbringung von Beihilfen für Rentenempfänger auf das doppelte des Nennwertes beschlossen.

— Gegen den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 23. Dezember, wonach 10000 Proz. zur Grundsteuer, 1000 Prozent zur Gebäudesteuer, 2000 Proz. zur Betriebssteuer Zuschläge erhoben werden sollen, haben die Vorstände des Rabattsparvereins, des Hausbesitzer-, Gastwirtsvereins, der Vereinigung selbständiger Handwerker und Gewerbetreibenden, der Schutzgemeinschaft für Handel und Gewerbe, der Ortsgruppe Teuchern, des Kreisbauernbundes beschlossen Protest beim Regierungspräsidenten zu erheben und haben diesen Protest eingereicht. Diese Beschlüsse würden eine ungeheuerliche Belastung dieser verschiedenen Erwerbsgruppen herbeiführen und unbedingt den wirtschaftlichen Ruin nach sich ziehen.

— Die in den hiesigen Schulen unter den Kindern ausgeführte Sammlung für Oberschlesien ergab 274 Mark, die von den Mädchen der Oberklassen veranstaltete Haussammlung 1440 Mk. Es wurden unter Abzug der Unkosten 1697 Mk. an die Sammelstelle in Weißenfels abgeführt. Allen Gebern herzlichsten Dank!

Verhaftung einer neuen Diebesbande in Jena.

Jena, 24. Dez. Eine zweite Diebes- und Hehlerbande, insgesamt 13 Personen, ist von der Kriminalpolizei dingfest gemacht worden. Unter den Verhafteten befinden sich sechs Eisenbahnbedienstete, von denen einige seit längerer Zeit planmäßig die hier durchlaufenden Kurswagen beraubten. Die gestohlenen Güter wurden von drei Rollkutschern am Güterschuppen in Empfang genommen und den Hehlern zugestellt. Als Abnehmer kommen drei Gastwirte, von denen zwei dieses Gewerbe vor kurzem aufgegeben haben, und ein Krankenwärter in Frage. Gestohlen wurden meist Spirituosen, Zigarren, Lebensmittel usw. Die Waren hatten einen Wert von vielen Tausenden von Mark. Die Ermittelungen werden fortgesetzt.

Bitterfeld, 24. Dez. Einem Schlosserlehrling schlossen sich auf dem Wege zur Arbeitsstätte zwei Männer an. Nach einigen Hundert Metern Wegs versetzte der eine plötzlich dem Lehrling einen heftigen Schlag ins Gesicht, während der andere ihm den Mund zustopfte. Nachdem man ihm seine Barschaft von 40 Mk. abgenommen hatten, warfen ihn die Täter auf den Bahndamm, um ihn von einem gerade ankommenden Schnellzuge überfahren zu lassen. Der junge Mann hatte aber ihm letzten Augenblicke so viel Kraft, um sich noch rechtzeitig zur Seite zu werfen, so daß nur die Hand erheblich verletzt wurde. Leider sind die beiden Halunken unerkannt entkommen.

Bebra, 23. Dez. In Heinebach wurde nachts der Müller von zwei Einbrechern überfallen und aufgefordert, 100000 Mark herauszugeben. Die Räuber erhielten aber nur 9000 Mark. Als sie auf Bahnhof Malsfeld eine Fahrkarte nach Bebra lösen wollten, wurden sie von der Gendarmerie, die inzwischen benachrichtigt worden war, festgenommen und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Aschersleben, 24. Dez. Eine recht üble Angelegenheit beschäftigt die Behörden und droht weite Kreise zu ziehen. Vor kurzem war hier eine Frau unter verdächtigen Umständen gestorben, und die Untersuchung ergab, daß der Tod durch einen strafbaren Eingriff herbeigeführt worden war. Die angestellten Ermittelungen führten zur Verhaftung einer Frau, die des Verbrechens gegen § 219 des Str. G. B's beschuldigt wird. Es ergab sich, daß diese Frau über alle von ihr ausgeführten Manipulationen sorgfältig Buch geführt hat. Der Kreis ihrer Kundinnen, deren Namen auf diese Weise zur Kenntnis der Behörden gelangten, soll groß sein.

Crimmitschau, 24. Dez. Ende November ging einem hiesigen Einwohner ein mit „Max Hölz" unterschriebener Erpresserbrief zu, worin zur Hinterlegung von 20000 Mk. an einem bestimmten Platze aufgefordert wurde. Im Weigerungsfalle war gedroht worden, das Wohnhaus in die Luft zu sprengen. Als Absender des Briefes wurde ein erst 16 Jahre alter Lehrling ermittelt, der wegen anderer Verfehlungen inzwischen freiwillig aus dem Leben schied.

— **Erhöhung der Haftsumme für Gepäckstücke.** Auf eine Eingabe, die der Verband reisender Kaufleute Deutschlands wegen der Erhöhung der Haftsumme für die den Handgepäck-Aufbewahrungsstellen übergebenen Gepäckstücke an den Reichsverkehrsminister gerichtet hatte, hat er von der Eisenbahndirektion Berlin den Bescheid erhalten, daß die ständige Tarifkommission vor kurzem beschlossen hat, die Haftsumme für die aufzubewahrenden Gepäckstücke auf 500 Mark für ein Stück zu erhöhen; bisher betrug sie 100 Mk. Nach der Mitteilung der Eisenbahndirektion Berlin soll die Maßnahme voraussichtlich am 1. April 1921 vollzugsreif sein.

Stadtverordnetensitzung am 23. Dezember. (Schluß des Berichts aus voriger Nummer.) Ordnung betreffend die Heranziehung des reichseinkommensteuerfreien Einkommens. — Das neue Reichseinkommensteuergesetz läßt vom Einkommen jedes Steuerpflichtigen 1500 Mark und für jede unterhaltspflichtige Person der Familie einen Betrag von 500 Mark steuerfrei. Viele Gemeinden sind in letzter Zeit infolge der städtischen Geldnot dazu gekommen, von diesen steuerfreien Beträgen Gemeindesteuern zu erheben. Auch Teuchern muß dazu greifen. Ein Magistratsbeschluß sieht vor, diese Beträge nach den bisherigen Veranlagung zu besteuern bei Ledigen mit einem Mindesteinkommen von 9000 M., bei kinderlos Verheirateten mit einem Mindesteinkommen von 12000 M. und bei Verheirateten mit Kindern mit einem Mindesteinkommen von 15000 M. Bei letzteren soll von den steuerfreien 500 M. für jede weitere Person nur 250 M. zur städtischen Steuer herangezogen werden. Von unabh. Seite wird ferner der Antrag gestellt, reine Kapitaleinkommen von 6000 M. an bereits zu dieser Steuer heranzuziehen. Ausgehend von der Erwägung, daß einem Ledigen auch mit weniger als 9000 M., der damit doch nur eine Person zu unterhalten hat, die Zahlung der Steuer jedenfalls leichter fällt, als einem Familienvater, der vielleicht mit 16000 M. fünf und mehr Personen unterhalten muß, beantragte die bürgerliche Fraktion d. Magistratsvorschlag dahin abzuändern, daß die Grenzen statt 9000, 12000 und 15000 auf 6000 M., für Ledige, 10000 M. für kinderlos Verheiratete und 1[illegible]000 M. für Verheiratete mit Kindern festgesetzt werden. Das geschah auch aus dem Grunde, um aus dieser städt. Steuer größere Einnahmen zu erzielen, damit die im nächsten Punkte erörterten Prozentsätze, die in dieser Höhe wohl kaum Aussicht auf Genehmigung durch die Regierung haben, etwas heruntergesetzt werden konnten. Die Abstimmung ergab Annahme der Magistratsvorlage gegen die Stimmen der bürgerl. Fraktion, ebenso des Antrages der unabh. Fraktion.

5. Feststellung des Haushaltsanschlages der Kämmereikasse von 1920. Der Haushaltsanschlag für 1920 weist in der Ausgabe folgende Posten auf:

			i. Vorjahr
I.	Allg. Verwaltungskosten	267010.60	51373.93
II.	Verzinsung und Tilg. d. städt. Schulden	17400.—	9900.—
III.	Kreisbedürfnisse	28219.32	24857.05
IV.	Zuschüsse zu anderen Kassen (Schul-, Armen- usw. Kasse)	381541.59	76854.14
V.	Unterhaltung der städt. Gebäude und Grundstücke	8200.—	1000.—
VI.	Straßenbeleuchtung	7000.—	1010.—
VII.	Wasserversorgung	3000.—	900.—
VIII.	Feuerlöschwesen	2090.—	194.—
IX.	Zur Verfügung f. unvorhergesehene Ausgaben	5538.49	910.88
	Sa. der Ausgaben	720000.—	167000.—

Dieser Ausgabe von 720000 Mk. steht eine Gesameinnahme gegenüber von 70625,— Mk., sodaß aufzubringen sind 649375,— Mk. Das Reich gewährt hierzu als Anteil an der Reichseinkommensteuer 218500 Mk. Bleiben zu decken 467875.— Mk. Davon sollen 58810 Mark durch die unter Punkt 4 erwähnte Gemeindesteuer aufgebracht werden. Demnach bliebe ein Fehlbetrag von 372065 Mk. Um diesen Fehlbetrag von 372065 Mk. zu decken, schlägt der Magistrat vor folgende Gemeindesteuern zu erheben!

10000	Proz. zur	Grundsteuer:	Ertrag 216000,— Mk.
1000	„ „	Gebäudesteuer:	„ 70000,— „
2000	„ „	Gewerbesteuer	„ 85000,— „
300	„ „	Betriebssteuer:	„ 1065.— „
			Sa. 372065.— Mk.

An diese Vorlage schloß sich eine sehr umfangreiche Aussprache an. Die bürgerliche Fraktion hält die Sätze für undurchführbar und weist dies an Beispielen nach. Sie lehnt deshalb diese Sätze und damit den ganzen Haushaltsanschlag ab. In der Abstimmung werden Deckungsfrage und Etat mit allen sozialdemokratischen Stimmen gegen die bürgerlichen Stimmen angenommen.

6. Wahl eines Polizeiwachtmeisters an Stelle des pensionierten Polizeiwachtmeisters Meinecke. Für diese zu besetzende Stelle sind der Stadt von der Fürsorgestelle für fürsorgeberechtigte Beamte aus dem abgetretenen Osten 3 Bewerber genannt worden. Aus diesen wählt die Versammlung den bisher in Bromberg tätigen Polizeiwachtmeister Friedrich Eltenburg.

7. Wahl eines Stadtkassenrendanten. Durch die Trennung der Sparkasse von der Stadtkasse macht sich die Anstellung eines Rendanten an letzterer nötig. Gewählt wird der ebenfalls aus dem Osten vertriebene, jetzt in Köln a. Rh. wohnende Rendant Richard Göttling.

8. Neueinstellung eines Bürogehilfen und Bewilligung der hierzu erforderlichen Mittel. Die erforderlichen Mittel wurden bewilligt und der Bürogehilfe Beyer, bisher beim Amtsvorsteheramt Gröben, als solcher hier gewählt.

9. Zustimmung:
a. zu dem Ortsstatut betreffend die öffentliche Wasserleitung der Stadt Teuchern,
b. zu den Vorschriften über Ausführungen von Anlagen zur Benutzung der städtischen Wasserleitung,
c. zu der Gebührenordnung für die Benutzung der Wasserleitung,
d. zu der Polizeiverordnung betreffend den Anschluß der Grundstücke an das Rohrnetz der städtischen Wasserleitung.
Den Vorlagen stimmt die Versammlung zu.

10. Bericht über die Tätigkeit des Wohnungsamts. Nach der 1. Aufforderung zur Anmeldung des Wohnungsbedarfs meldeten sich 92, nach der 2. Aufforderung 106 Wohnungsuchende, sodaß am 22. 9. ds. Js. 198 Wohnungen erforderlich waren. Bis zum 22. 12. waren davon untergebracht 80 und in den nächsten Tagen werden noch 8 Wohnungen erhalten, sodaß gegenwärtig 110 Wohnungsuchende vorhanden sind.

Waldzauber.

Novelle von Reinhold Ortmann.

Fortsetzung. (Nachdruck verboten).

„Du mußt jetzt aufhören, Elfriede! Der Vater kann in jedem Augenblick kommen!"

Sie waren beide erschrocken zusammengefahren, als diese Worte Mariannes an ihr Ohr schlugen. Keines von ihnen hatte bemerkt, daß sie schon seit Beginn des letzten Liedes auf der Schwelle gestanden hatte, und nun schauten sie ohne eigentlichen Grund so befangen drein, wie wenn sie auf einem Unrecht ertappt worden wären. Hastig schloß Elfriede das Instrument, und es war wirklich die höchste Zeit dazu gewesen, denn kaum zwei Minuten später erklang draußen der schwere Schritt des Försters, und er trat ins Zimmer, ganz naß vom Regen, aber in bester Laune.

„Eine große Neuigkeit, lieber Doktor!" sagte er, indem er Georg die Hand schüttelte. „Der Graf hat mir heute abend mitgeteilt, daß das Pächterhaus, in dem ihr euer Nest einrichten wollt, schon im Herbst frei wird. Da können wir also die Hochzeit um ein paar Monate früher ansetzen, wie du's ja sehnlichst wünschst."

Der junge Arzt schien von der Freudenkunde so überrascht, daß er nicht gleich den Ausdruck fand für sein Entzücken. „In der Tat — das wäre ja ausgezeichnet," sagte er nur.

Hinter ihm aber erklang Mariannes ruhige Stimme: „Wollen wir's nicht lieber bei der bisherigen Verabredung lassen, Vater? In so kurzer Zeit würde ich meine Aussteuer gar nicht fertig bringen."

Doch Bernhard Luthmer hatte sich's einmal in den Kopf gesetzt, ihnen diese Freude zu bereiten. „Ach, papperlapapp! Dann nehmen wir eben ein paar Näherinnen ins Haus. Und Elfriede ist doch auch da, um dir zu helfen."

„Elfriede? — Nein! — Das ist keine Arbeit für sie. Und ich mache mir das schon lieber allein."

Der Förster sah sie verwundert an; dann aber ging er mit einem Achselzucken darüber hinweg. „Nun, das sind Frauenzimmersachen, um die ich mich nicht kümmern mag. Und was die Hochzeit betrifft, so werde ich das schon mit Georg ins reine bringen. Für heute aber muß ich dich nach Hause schicken, mein Junge. Ich will zeitig ins Bett, weil wir morgen mit den Vorbereitungen für die großen Treibjagden beginnen. Es werden diesmal besonders viele Gäste im Schlosse erwartet."

Als Elfriede ihrem künftigen Schwager an diesem Abend die Hand zum Abschied reichte, vermied sie es, ihn anzusehen, und er war verwundert darüber, wie eiskalt ihre schmalen Finger in den seinigen lagen. Marianne begleitete ihn nicht wie sonst vor das Haus, sondern nur bis an die Tür des Zimmers, und, wie sie es immer tat, wenn andere zugegen waren, reichte sie ihm nicht die Lippen, sondern nur ihre Wange zum Kusse dar.

Ihm aber klangen, während er durch den dunklen, regentriefenden Wald heimwärts schritt, beständig die Worte aus Elfriedes letztem Liede im Ohre nach:

„Daß ein Ringlein von Gold,
So den Finger schmückt,
Wie ein Mühlstein schwer
Auf die Seele drückt!
Daß nach prangendem Tag
So kam die Nacht,
Und so krank das Herz!
Hätt' ich nie gedacht." —

4.

Das Jagdmahl im Schlosse, das nach gutem Brauch die große Treibjagd beschloß, näherte sich seinem Ende. Die Gesellschaft bestand nur aus Herren, und Graf Leusingen hatte seinen Weinkeller nicht geschont. So war es nicht gerade verwunderlich, daß die Stimmung eine sehr ausgelassene geworden war, und daß die Wogen der Fröhlichkeit hoch gingen.

Auch Bernhard Luthmer, der heute für eine der wichtigsten Personen gewesen war, befand sich unter den Gästen. Er hatte guten Grund, mit dem Verlauf der Jagd zufrieden zu sein, und er hatte auch die Anerkennung des Grafen im reichsten Maße geerntet. Deshalb befand er sich in bester Laune und erheiterte seine nächste Umgebung durch allerlei lustige kleine Geschichten, wie man sie nur in besonders guten Stunden von ihm herausbrachte. Seine mehr oder weniger vornehmen Tischgenossen fanden lebhaftes Vergnügen an der urwüchsigen Treuherzigkeit des graubärtigen Riesen, und immer aufs neue mußte er dem einen oder dem andern Bescheid tun.

Da trat inmitten des allgemeinen Gelächters, das eine seiner Schnurren hervorgerufen hatte, ein hübscher junger Mann von etwas blasiertem Aussehen mit dem gefüllten Champagnerkelch in der Hand an seinen Stuhl. Er hatte wohl schon ziemlich viel getrunken, denn seine Augen schwammen in einem etwas verdächtigem Glanze, und auch seine Zunge gehorchte ihm nur noch mit einigem Widerstreben.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119201228-12/fragment/page=0003
DFG

Bekanntlich bedürfen Viehhändler auch nach Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung der Handelserlaubnis durch den Oberpräsidenten. Ueber Beschwerden gegen Ablehnung entscheidet ein beim Oberpräsident gebildetes Kollegium, dem auch Landwirte, Viehhändler und Fleischer angehören. Dies Kollegium hat in Uebereinstimmung mit den vom preußischen Staatskommissar für Volksernährung herausgegebenen Richtlinien in einer kürzlich stattgehabten Vorberatung einstimmig ausgesprochen, daß bei der Erlaubniserteilung mit besonderer Sorgfalt vorgegangen werden wird.

Personen, die sich früher erwiesener Verstöße gegen die Vorschriften über den Viehhandel schuldig gemacht haben oder sonst als unzuverlässig anzusehen sind, sowie solche, die sich bisher überhaupt nicht mit Viehhandel befaßt sondern einen anderen Beruf ausgeübt haben, werden deshalb nicht auf die Erlaubnis rechnen können.

Magdeburg, den 13. Dezember 1920.

Der Oberpräsident.

Weißenfels, den 23. Dezember 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschuss s Abtlg. Fleischerei.

Bekanntmachung.

Nach dem Erlasse des Herrn Reichsministers des Innern vom 6 Dezember 1920 J. M. 11 520 soll an Angehörige der
a) am 1. November 1920 noch in Gefangenschaft befindlichen Kriegsteilnehmer
b.) der verschleppten und an diesem Tage noch internierten Zivilpersonen,
c) der nicht länger als seit dem 1. Mai 1920 vermißten Mannschaften
eine einmalige Beschaffungsbeihilfe gewährt werden.

Die Gewährung dieser Beschaffungsbeihilfe erfolgt nur auf Antrag und im Falle wirklicher Bedürftigkeit, die durch eingehende Prüfung der Verhältnisse festzustellen ist. Die Anträge sind bis 31. März 1921 beim Kreisausschuß amtliche Fürsorgestelle zu stellen. Später eingehende Anträge können keine Berücksichtigung finden.

Als Angehörige von Kriegsgefangenen kommen in erster Linie Frauen und Kinder in Betracht. Als Kinder gelten neben den ehelichen auch legitimierte, Adoptiv- Stief- und Pflegekinder, wenn sie von den Heimgekehrten unentgeltlich unterhalten werden müssen, sowie uneheliche Kinder, soweit die Vaterschaft festgestellt ist. Ferner können sonstige Angehörige berücksichtigt werden, denen auf Grund des Familienunterstützungsgesetzes Anspruch auf Familienunterstützung zusteht

In dem vorerwähnten Erlasse ist ferner nachgegeben, daß anspruchsberechtigte Personen die Beihilfe von 1919 noch erhalten können, sofern sie im Vorjahre eine solche nicht erhalten haben. Der Endtermin für Berücksichtigung von Anträgen auf Gewährung diese Beihilfen ist auf den 31. Dez. 1920 festgesetzt worden.

Sichtig für diese Beihilfen ist für Angehörige von Kriegsgefangenen der 3 September 1919 und für Angehörige von Vermißten der 3. März 1919.

Weißenfels, den 22. Dezember 1920

Der Vorsitzende des Kreisausschusses, Zimmermann, Landrat.

Neujahrs-Karten

mit Namenaufdruck

empfiehlt

Otto Lieferenz.

Einkellerung von Kartoffeln.

Diejenigen Personen, welche sich bei uns zur Kartoffelversorgung angemeldet, nicht Selbstversorger sind, und keine Kartoffeln von privater Seite erworben haben, können sich im laufenden Wirtschaftsjahr bis zum 1. Juli 1921 **noch** mit Kartoffeln eindecken und zwar pro Person mit 1½ Zentner.

Mit dem zugeteilten Vorrat muß jeder Haushaltungsvorstand unbedingt bis zum 1. Juli 1921 ausreichen. Es wird daher hiermit dringend zur Pflicht gemacht die Kartoffeln sorgfältig zu verwahren und im Verbrauch sehr haushälterisch zu sein Unter keinen Umständen kann bei einem vorzeitigen Verbrauch oder sonstigen Verlust seitens der Stadt Ersatz gewährt werden, da der Stadt für diesen Zweck auch nicht ein einziger Ctr. zur Verfügung steht.

Die Bezahlung der Kartoffeln (34,50 Mk. pro Person für 1½ Ztr.) erfolgt auf der Polizeiwache und zwar am Dienstag, den 28. Dezember 1920 vormittags von 9—12 Uhr. Nach der Bezahlung sind die Kartoffeln sofort in der städtischen Kartoffelausgabestelle in Empfang zu nehmen.

Teuchern, den 27. Dezember 1920.

Der Magistrat. Schilken.

Deutsche demokratische Partei. Ortsgruppe Teuchern.

Oeffentl. Volksversammlung

Sonntag, den 3. Januar nachmittag 3 Uhr
in Bertholds Restaurant

Redner: Herr Delius, M. d. R. über:

Die kommenden Wahlen.

Der Vorstand.

„Lichtspiele Weisse Wand"

Achtung! Nur 2 Tage!
läuft das herrliche **Sensations-Programm**

Nic Carter

Dienstag, d. 28. u. Mittwoch d. 29. Dez.

I. Teil

Die Erbschaft von New-York

Detektiv-Drama in 5 Akten
Grosse Verfolgungen mit Flugzeugen.

II. Teil.

Die Katastrophe des Pacific

Detektiv-Drama in 5 Akten Serie 1920/21.
Bitte beachten Sie ausgehängte Photos

Mittwoch 2½ Uhr Kindervorstellung.

Nähmaschinen.
Nur bestes Fabrikat jedes System am Lager verkauft auch auf Teilzahlung unter langjähriger Garantie

Arthur Hippe Ww.
Uhren, Schmuck- und Silberwaren in größter Auswahl.

Ein Mutschenkalb
steht zu verkaufen
Schelkau, Gut Nr. 1.

Silvester, Neujahr
lebende Karpfen
Bestellungen nicht zu spät.
Edwin Harnisch.

Sportvereinigung
Mittwoch, den 29. d. Mts. abends ½8 Uhr
außerordentliche
Versammlung
im Hotel zum Löwen.
Der wichtigen Tagesordnung halber, ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend erforderlich.
Der Vorstand.

Ein Eisenteil eines
Schleifzeuges
gefunden. Abzuholen bei
Edwin Harnisch,
Fischhändler.

Tinte
zu haben bei
Otto Lieferenz.

Neubestellungen
auf den
Wöchentlichen Anzeiger f. Teuchern
werden von allen Briefträgern und Austrägern und in unserer Geschäftsstelle für das **erste Vierteljahr 1921** entgegengenommen.

Statt Karten.

Elly Moreitz
Max Freiherr
Verlobte
Grube v. Voss Gröben
Weihnachten 1920

Elly Günther
Robert Föhlisch
grüssen als Verlobte
Stössen Teuchern
Weihnachten 1920.

Statt Karten.
Ihre Verlobung zeigen ergebenst an
Ella Fuchs
Otto Heyme
Schortau Weihnachten 1920 Teuchern.

Erna Ursinus
Heinz Busch
cand. theol.
Verlobte
Teuchern Halle a. S.
Weihnachten 1920

Marta Jakob
Albin Weber
Verlobte
Teuchern Unterwerschen
Weihnachten 1920.

Trauerkarten empfiehlt O. Lieferenz

Meta Gentsch
Albert Müller
Verlobte.
Weihnachten 1920.

Dank.

Für die vielen wohltuenden Beweise bei dem schmerzlichen Verluste unserer lieben Entschlafenen sage ich hierdurch allen herzlichsten Dank. Dank den Beamten und Arbeitern der Grube Teuchern für die Kranz- und Geldspende, sowie auch allen Bekannten herzlichen Dank.

Albin Mark
und Kinder.
Teuchern.

Ein Portemonnaie
mit Inhalt, Freitag zwischen 4 und 5 Uhr in der Zeitzerstr. vom Fleischermeister Petzsch bis Steinweg verloren gegangen.
Abzugeben gegen Belohnung in der Geschäft. d. Bl.

2 Zuchtkaninchen
weiße Angora, stehen zum Verkauf Unterm Berge 13.

Dank.

Für die überaus grosse Anteilnahme bei dem schweren Verluste meines teuern Gatten, unseres lieben, unvergesslichen Sohnes, Bruders und Schwagers,

Walter Borger

ist es uns nicht möglich, allen einzeln zu danken und sprechen nur hiedurch allen unsern tiefempfundenen Dank aus. — Wer im Gedächtnis der Seinen lebt, ist nicht tot; tot ist nur, wer vergessen wird. —

Gröben, den 24. Dezember 1920.

In tiefem Schmerz

Marta verw. Borger, geb. Grieger,
Familie Friedrich Borger, Gröben,
Familie Emil Drölitzsch, Teuchern,
Familie Alfred Stöbe, L.-Rendnitz

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Lieferenz, Teuchern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119201228-12/fragment/page=0004

Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Korpuszeile 45 Pfg. Reklamezeile 60 Pfg.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10 bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal und zwar Montag, Mittwoch und Freitag, abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 5,50 Mk. von unseren Boten ins Haus gebracht 5,90 Mk. und durch den Briefträger Mk. Einzel-Nummer 15 Pfg.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 153 | Dienstag, den 28. Dezember 1920. | 59. Jahrgang

Wie vor Versailles.

In zahlreichen Reden ist in den letzten Monaten hervorgehoben worden, daß die Abänderung des Vertrages von Versailles eine Notwendigkeit für eine bessere Zukunft Deutschlands sei. Zur Erreichung dieses Zieles ist es aber erforderlich, daß wir uns darüber klar werden, daß wir uns heute wieder in derselben Lage befinden, wie im Spätfrühling 1918, in dem am 28. Juni der Friedensvertrag von den Reichsministern Hermann Müller und Bell unterzeichnet werden „mußte".

Heute stehen wir in den vorbereitenden Verhandlungen für ein neues Abkommen, über die Höhe der von Deutschland an die Entente zu leistenden Kriegsentschädigung, zu dessen Unterzeichnung uns der Ver- [illegible]

[illegible] deutschen Nation. Darum ist es so außerordentlich zu beklagen, daß jetzt wo das neue Unterschreiben in Sicht kommt, wo es sich um Bestimmungen handelt, die für uns direkt tödlich werden können, deutsch-radikale Politiker mit den russischen Bolschewisten liebäugeln. Das schädigt die deutsche Autorität schwer. Und unsere Valuta wird durch kommunistische Auftritte, wie sie jetzt vor dem Rathause in Berlin stattgefunden haben, in Grund und Boden getreten. Solche auffallenden Erscheinungen werden im Auslande genau beobachtet, von ihnen wird auf den Wirrwarr in Deutschland und auf die Schwierigkeiten für die Reichsregierung geschlossen. Mögen wohlmeinende Leute und Staaten im Auslande uns bemitleiden, Kredit geben sie uns bei solchen Zuständen nicht. Und ohne Kredit und steigende Valuta kommen wir nicht zurecht.

Wenn die deutsche Nation nicht in imposanter Willenskraft hinter unseren Vertretern für auswärtige Politik und für eine mögliche Erfüllung des Versailler Vertrages steht, so kommen wir nicht vorwärts. Nach jedem Schritt kommen wir bei den inneren Wirren von neuem in Gefahr, über Unerfüllbarkeiten zu stolpern. Und vor allem wollen wir nicht vergessen, daß in Paris eine sehr mächtige Partei ist, die sich über dies Deutsche Drunter und Drüber die Hände reibt, denn sie erhofft daraus langsam, aber sicher den Besitz des deutschen Rheins. Es steht heute wieder wie vor Versailles. Aber die verhängnisvollen Folgen wenden wir nur ab durch Einigkeit.

Eine Weihnachtsnote.

Die Einwohnerwehren in Bayern und Ostpreußen.

Es werden jetzt so viel Noten geschrieben, warum soll zu Weihnachten keine geschrieben werden? So denkt Herr Dr. Simons, Reichsminister des Auswärtigen, und prompt hat er zum Heiligen Abend eine neue Note fertig, und sie Herrn General Nollet, Vorsitzenden der Interalliierten Heeres-Kontrollkommission, überreicht.

Es handelt sich um die Selbstschutzorganisationen und Einwohnerwehren, zu deren restloser Entwaffnung die Reichsregierung betr. Bayern und Ostpreußen einige Vorbehalte gemacht hatte, die die Entente aber nicht anerkannte. Auf diese letzte Ententenote antwortet nun die neue deutsche Note.

Die Selbstschutzorganisationen eine innere deutsche Angelegenheit.

Zunächst wird darin die fast hysterische französische Angst vor der Möglichkeit einer deutschen Mobilmachung auf feine Art verspottet. Weder die Selbstschutzorganisationen noch die Einwohnerwehren hätten irgend etwas mit einer künftigen Mobilmachung zu tun. Ebensogut könnte man in der Führung von Einwohner- und Steuerlisten oder in jedem Ausbau des Eisenbahnnetzes eine Erleichterung oder gar Vorbereitung der Mobilmachung erblickt werden.

Die Note stellt dann fest, daß die Regierung an ihrer Auffassung festhält, daß die Duldung oder Auflösung von Selbstschutzorganisationen, die keinen militärischen Charakter haben, eine innere Angelegenheit Deutschlands ist. Sie wiederholt, daß solche Organisationen nur als ein einstweiliger Notbehelf zu betrachten sind und aus Gründen der Staatsautorität aufgelöst werden müssen, sobald es die Verhältnisse gestatten.

In längeren Ausführungen wird dann nachgewiesen, daß weder die Einwohnerwehren in Bayern noch die Grenz- und Ortswehren in Ostpreußen etwas mit militärischen Behörden und Aufgaben zu tun hätten. Sie hätten im Notfall polizeiliche Aufgaben und ständen daher nur mit Polizei- und Zivilbehörden in Verbindung.

Die kommunistische Gefahr im Innern und von Rußland her.

Des weiteren beschäftigt sich Minister Simons in der Note mit der kommunistischen Gefahr, deren Bestehen die letzte französische Note ableugnete. Er sagt darüber:

Die Annahme, daß die kommunistische Gefahr, auf die ich in meiner Note vom 9. November bei der Schilderung der bayerischen Verhältnisse unter anderem hingewiesen hatte, für Deutschland überwunden sei, kann leider nicht als zutreffend beurteilt werden. Ich habe allerdings der Ansicht Ausdruck gegeben, daß durch das Auftreten der russischen Sendlinge auf dem Kongreß der Unabhängigen sozialistischen Partei Deutschlands in Halle manchem die Augen geöffnet worden seien. Meine Hoffnungen sind aber nicht so weit gegangen, daß ich geglaubt hätte, mit einer Bedrohung von dieser Seite nicht mehr rechnen zu brauchen.

Er führt dies dann des näheren aus und weist dann auf die bolschewistische Gefahr an der Ostgrenze, gegen die die isoliert gelegene Provinz Ostpreußen durchaus nicht ausreichend geschützt ist.

Deutschland hat seine Pflicht getan.

Im übrigen macht die Note von dem bisherigen zahlenmäßigen Ergebnis der Entwaffnungsaktion Mitteilung und führt, hieran anschließend, zum Schluß aus:

Die deutsche Regierung glaubt, erwarten zu können, daß dieses Ergebnis ihres ernsten Bemühens Anerkennung findet.

Der Weg, den sie bei der ganzen Entwaffnungsaktion eingeschlagen hat, war der einzige, der nach der Lage der Verhältnisse zum Ziele führen konnte. Sie hofft, daß sich die alliierten Regierungen dieser Erkenntnis nicht verschließen werden.

Deutsches Reich.

* **Frankreich gegen die Einstellung der deutschen Ausgleichszahlungen.** Dem Auswärtigen Amt ist vom französischen Botschafter eine Note der französischen Regierung überreicht worden, in der Beschwerde über die Einstellung der deutschen Ausgleichszahlungen erhoben und die Einstellung als Verletzung des Friedensvertrages bezeichnet wird. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß sich die Reichsregierung bei ihrer Entschließung auf eine Bestimmung des Friedensvertrages gestützt hat. Artikel 251 gibt Deutschland das Recht, einen Vorrang der für seine Versorgung mit Lebensmitteln notwendigen Kosten vor den übrigen Leistungen aus dem Friedensvertrag in Anspruch zu nehmen. Im übrigen sollten die Franzosen erst ihre Ausgleichsverpflichtungen gegen Deutsche so prompt erfüllen, wie es Deutschland bisher mit seinen Verpflichtungen gegen Franzosen getan hat.

* **Hinausschiebung des oberschlesischen Abstimmungstermins?** Als deutliches Anzeichen dafür, daß der Plan, die Abstimmung im Januar stattfinden zu lassen, aufgegeben worden ist, wird eine Anweisung angesehen, die die französischen Paßstellen erhalten haben, nach der die Paßvisa, die bisher nur Gültigkeit bis zum 31. Dezember hatten, bis zum 1. Februar zu verlängern sind.

* **Das Abkommen über Nordschleswig.** Ueber die Verhandlungen betr. die Summe, die Dänemark als Anteil an der deutschen und der preußischen Staatsschuld, sowie als Erstattung für Staatsaktiven in den abgetretenen Landesteilen tragen soll, wird von dänischer Seite mitgeteilt, daß bei den Verhandlungen die dänischen Abschätzungsleute die verschiedenen Staatsaktiven mit 77 Millionen Kronen bewertet haben. Hierbei seien jedoch die Anteile an den Staatsschulden von ca. 35 Millionen Mark nicht mitgerechnet. Deutscherseits wurde der Wert der Staatsaktiven für August 1914 mit 85 Millionen Goldmark angegeben, wozu 22 Millionen Goldmark für Staatsschuldenanteile kämen. Da es nicht glückte, über diese Summen zu einer Einigung zwischen den Parteien zu gelangen, beschloß man, die Entscheidung der Reparationskommission anzurufen. Bei den nun folgenden Verhandlungen wurde die von Dänemark zu zahlende Gesamtsumme auf 65 Millionen Goldmark angesetzt, die vor dem 25. Dezember zahlbar sind, und zwar ohne Zinsanrechnung. Die Summe macht nach dem heutigen Kurse 102 345 000 Kronen aus. Die Auszahlung erfolgt an die Reparationskommission in Newyork. Die Besitzungen des Herzogs Ernst Günther, sowie die Anteile Preußens an den Kreisbahnen und eine Reihe anderer Besitztitel sind in dieser Ordnung nicht mit einbegriffen. Diese Fragen sollen in direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Dänemark erledigt werden. — Von deutscher Seite wird hierzu halbamtlich erklärt: Nach den bisherigen Nachrichten dürfte die festgesetzte Summe von 65 Millionen Goldmark zutreffen. Eine amtliche Mitteilung ist den deutschen Stellen jedoch nicht zugegangen.

* **Beamtenbund und Reichsregierung.** Die Leitung des Deutschen Beamtenbundes ist neuerdings an die Reichsregierung herangetreten, um Verhandlungen darüber zu erreichen, welche weiteren Maßnahmen mit sofortiger Wirkung getroffen werden müssen, um der Beamtenschaft in ausreichender Weise zu helfen. Wie der Beamtenbund mitteilt, ist in Aussicht gestellt worden, daß in den nächsten Tagen neue Vorschläge über Hilfsmaßnahmen für die Beamtenschaft zwischen der Regierung und dem Deutschen Beamtenbund zur Erörterung gelangen werden.

* **Erhöhung der Militärunterstützung.** Mit Rücksicht darauf, daß den auf Grund der Militärversorgungsgesetze zum Empfange von Versorgungsgebührnissen berechtigten Militärpersonen der Unterklasse und deren Hinterbliebenen am 1. Mai 1920 eine Teuerungszulage von 30 oder 40 Prozent ihrer Zuwendungen zuerkannt worden ist, hat der Reichspräsident genehmigt, daß auch den Unterstützungsempfängern des Mannschaftsstandes des Heeres, der Marine und der Schutztruppen, soweit die Unterstützungen an Stelle gesetzlich nicht zuständiger Mannschaftsversorgungsgebührnisse bewilligt worden sind, sowie den aus demselben Fonds unterstützten Hinterbliebenen solcher Personen eine vom 1. Mai 1920 ab bis auf weiteres zahlbare Teuerungszulage bewilligt wird, und zwar in Höhe von 30 Prozent der ihnen gewährten Unterstützungen für die ehemaligen Militärpersonen und von 40 Prozent für die Hinterbliebenen. Es handelt sich dabei um die aus dem früheren kaiserlichen Dispositionsfonds bei der Reichshauptkasse gezahlten Unterstützungen. Die erhöhten Beträge werden den betreffenden Personen ohne weiteres sobald als möglich ohne besonderen Antrag gezahlt werden.

* **Eine interalliierte Kommission im Ruhrgebiet.** Die Befürchtungen, daß eine restlose Erfüllung des Abkommens von Spa im Dezember nicht möglich sein wird, machen sich in eingeweihten Kreisen immer mehr geltend. Der ungünstige Wasserstand der Flüsse, der noch durch den frühen trockenen Herbst verschärft wurde, hat schon vor geraumer Zeit zu einer Einstellung der Wassertransporte gezwungen. Bekanntlich ist die Kohlennot in den deutschen Großstädten gerade in der letzten Zeit sehr bedrohlich geworden. Wie verlautet, ist die Entente bei den Verhandlungen, die vor kurzem in Paris stattfanden, hierauf aufmerksam gemacht worden. Besonders wurden dabei die Transportschwierigkeiten hervorgehoben. Ein daraufhin vom Pariser Wiederherstellungsausschuß gemachter Vorschlag, eine Kommission nach dem Ruhrgebiet zur Untersuchung der Transportlage zu entsenden, wurde von der deutschen Kommission angenommen. Diese Kommission ist inzwischen in Essen eingetroffen und beobachtet die Transportlage im Kohlenrevier bis zu den fremden Stationen. Die Kommission setzt sich aus englischen französischen, belgischen und deutschen Sachverständigen zusammen.

\+ **Die Kämpfe in Irland.** Das Dubliner Rathaus und andere öffentliche Gebäude der Stadt wurden durch englisches Militär besetzt und die irischen Stadtbehörden wurden daraus vertrieben. Vor einigen Wochen war bereits angekündigt, daß das Militär diese Gebäude requirieren würde. Der Magistrat hatte sich aber nicht weiter darum gekümmert. Der Grund zu diesem Vorgehen des englischen Militärs ist unbekannt. — Wie aus Dublin gemeldet wird, hat der Befehlshaber der englischen Hilfspolizei in Irland General Tudor unbeschränkten Urlaub erhalten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119201228-12/fragment/page=0005